

„Arbeit und Nicht-Arbeit“

51. Konferenz der ITH (Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen), Berlin, 17. bis 19. September 2015

Die diesjährige ITH-Konferenz fand erstmals nicht in Linz, sondern in Berlin statt. Damit verbunden waren auch weitere Neuerungen. So dienten die Räumlichkeiten des Wissenschaftszentrums Berlin am Reichpietschufer als Tagungsort. Vor allem aber war das an der Humboldt-Universität angesiedelte Internationale Geisteswissenschaftliche Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“, kurz re:work, in die inhaltliche Konzeptionierung eingebunden. 22 Vorträge wurden gehalten, gut 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nahmen teil. Wie seit der Konferenz 2013 üblich, wird ein Tagungsband im Brill-Verlag (Leiden/NL) erscheinen.

Im Anschluss an die zwei Konferenzen der letzten Jahre wurde erneut das Thema Arbeit in den Fokus gerückt. Nach Hausarbeit und Zwangsarbeit war nun Nicht-Arbeit der übergreifende Aspekt. Dabei ging es insbesondere um das Verhältnis von Arbeit und Nicht-Arbeit und um die vielfältigen Grauzonen zwischen beiden. Es liegt auf der Hand, dass solche Setzungen immer auch vor ihrem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund gesehen werden müssen. Dementsprechend nahmen diese Fragen breiten Raum in den Präsentationen und Diskussionen ein.

Schon im Einführungsvortrag von *Ilse Lenz* (Ruhr Universität Bochum) wurde auf die globalen Unterschiede dezidiert hingewiesen und festgestellt, dass es eben keinen Trend zu einheitlicher Lohnarbeit gebe. Ebenso wenig, wie man von „dem“ Kapitalismus sprechen könne. Sinnvoller sei es, den Kapitalismus als regional unterschiedlich ausgeprägt zu verstehen. Das öffnet Raum für die Einbeziehung vielfältiger kultureller und regulatorischer Ausformungen von Arbeit.

Jürgen Kocka (Humboldt Universität Berlin) wies am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit von 1840 bis 1870 nach, dass in dieser Formierungsphase ganz unterschiedliche Interpretationen von Arbeit miteinander konkurrierten: Arbeit als Last, als Selbstverwirklichung oder als Broterwerb. Dieser Diskurs war keineswegs nur ein rein akademischer, sondern hatte auch politische Implikationen. Insbesondere in Bezug auf die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen von den Organisationen der Arbeiterbewegung angesprochen werden sollten, nur die Lohnarbeiter oder auch Vertreter der Mittelschichten wie selbstständige Handwerker oder „Kopfarbeiter“.

Für tschechische Kindermädchen zeigte *Adela Souralova* (Masaryk Universität Brno) in ihrer an aktuellen Entwicklungen orientierten Fallstudie auf, dass bei dieser stark emotional geprägten und außerordentlich schlecht bezahlten Arbeit die Frage des Lohns in den Hintergrund treten kann. In *Alissa Klots* (Rutgers Universität New Brunswick) Beitrag zur Rolle der weiblichen Haus-

angestellten in der frühen Sowjetunion wurde umgekehrt die Perspektive des Staats und der Gewerkschaftsführungen untersucht: Mit welchen organisatorischen und ideologischen Mitteln haben diese die Hausangestellten in die Arbeiterklasse integrieren wollen? *Lea Renard* und *Theresa Wobbe* (beide Universität Potsdam) behandelten die Erfassung von Familienarbeit in offiziellen Beschäftigungsstatistiken. Dabei zeigte sich, dass Familienarbeit wechselnden Kategorisierungen unterworfen war und teilweise überhaupt nicht als Arbeit im engeren Sinn gewertet wurde.

Eine weitere unscharfe Trennlinie zwischen Arbeit und Nichtarbeit besteht in der Sexarbeit, wie *Stefano Petrunaro* (IOS Regensburg) für das Jugoslawien der Zwischenkriegszeit nachwies. Die Behörden taten sich schwer, diesen Bereich einer staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Letztlich war die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben oft von Willkür geprägt und offen für Interpretationen durch die handelnden Akteure. In Bezug auf die arbeitsrechtliche Disziplinierung von österreichischen Beamten zeigte *Therese Garstener* (Universität Wien), gestützt auf einschlägige Akten und Autobiografien, dass die weit verbreiteten Klischees über deren Faulheit einer empirischen Überprüfung nur sehr bedingt standhalten. Vielmehr waren es die verwaltungsspezifischen Arbeitsabläufe und das privilegierte Dienstverhältnis, die solchen Außenwahrnehmungen Vorschub leisteten. *Ivan Rajkovic* (University College London) untersuchte das Verhalten von Arbeitern des serbischen Autoproduzenten Zastava in den 90er und 00er Jahren. Dabei machte er auf den Wandel in der Selbstwahrnehmung aufmerksam, der mit diesen Krisenjahren einherging. Letztlich handelte es sich bei ihrer Tätigkeit eher um simulierte Arbeit, die lediglich durch massive staatliche Subventionen möglich gemacht und die kaum noch als sinnstiftend verstanden wurde. Viele Beiträge zeigten deutlich, wie wichtig im Verhältnis von Arbeit und Nichtarbeit das staatliche Handeln und die damit verbundenen Wertungen sind.

Ein ganzes Panel war dem Thema gewidmet, wie Sinti und Roma Arbeit begreifen und wie sie – auch hier ist die Rolle des Staates zentral – zu einer „richtigen“ Arbeitseinstellung erzogen werden. Die Vorträge waren eher auf aktuellere Verhältnisse ausgerichtet. *Elisabeth Tauber* (Freie Universität Bozen) diskutierte die distanzierte Haltung von Sinti zur westlichen Arbeitsethik ebenso wie die Arbeitsteilung in den Familien. Interessant dabei war, dass die unterschiedlichen Geschlechterrollen – Frauen betteln, während Männer mit Schrott handeln – keineswegs mit einer Hierarchisierung einhergehen. Dass auch Betteln als Arbeit verstanden werden kann, unterstrich *Catalina Tesar* (Bukarest) in ihrem Vortrag. Während die Mehrheitsgesellschaft Betteln als Bitte um Wohltätigkeit versteht, stellt es für die Roma eine Arbeit dar. Diese erfordert zudem spezifisches Fachwissen, so etwa bezüglich der richtigen Kommunikation mit Spendern, der Kleidung und Ortswahl. *Jan Grill* (Universität Manchester) thematisierte Aktivierungsprogramme des slowakischen Staats, mit denen primär Roma zu einer „richtigen“ Arbeitseinstellung und Verantwortungsbewusstsein erzogen werden sollen. Während die Haltung der Behörden zwischen Nachsicht und rassistischen Vorbehalten changiert, ent-

wickeln die Betroffenen eine ganze Reihe von Gegenstrategien. Damit gelingt es ihnen oft, einerseits die Vorgaben der Programme pro forma zu erfüllen und andererseits den dafür notwendigen Aufwand gering zu halten.

Insgesamt hätte man sich gewünscht, dass im Rahmen der Konferenz solche und weitere Praktiken des Widerstands gegen vorherrschende Arbeitsregimes stärker behandelt worden wären. Denn wenn – wie in den Beiträgen mehrfach betont wurde – die Rolle des Staates und der gesellschaftliche Kontext ganz zentral ist für das Thema Arbeit und Nicht-Arbeit, dann liegt es eigentlich nahe, auch nach politischen Interventionen zu fragen. Und dieser Aspekt wäre in einem sehr weitgefassten Sinn zu behandeln: Von Formen des „Eigensinns“ (Alf Lüdtke) bis hin zu sozialen Bewegungen und der Rolle von Gewerkschaften. Gerade letztere blieben auffallend unterbelichtet, obwohl ihre Bedeutung in Regulation und Definition von Arbeit, Nicht-Arbeit und deren Grauzonen unbestreitbar ist.

Axel Weipert

100 Jahre Zimmerwalder Linke

Berlin, 4. Oktober 2015, Haus der Demokratie

Seit Jahren ist stabil eine übergroße Mehrheit der hiesigen Bevölkerung gegen Kriegseinsätze unter deutscher Beteiligung. Doch diese Meinungsmehrheit hält nicht die Straßen und Plätze besetzt, in den Mainstream-Medien findet sie so gut wie nicht statt und von ihr unbehelligt beteiligt sich die Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen, die NATO dehnt sich bis an die Grenzen Russlands aus. Derweil rückt der globale Krieg von den Rändern Europas immer näher; in Form der Flüchtlinge – 80 Prozent fliehen vor Krieg – ist er hier schon angekommen. Mit dieser Zustandsbeschreibung können sich Sozialistinnen und Sozialisten nicht abfinden. Aus diesem Grund hatten linke Friedensaktive, auch aus der Partei DIE LINKE, für den 4. Oktober d.J. ins Berliner Haus der Demokratie eingeladen zur Konferenz „100 Jahre Zimmerwalder Konferenz: Linke und die Friedensfrage. Imperialismus heute – Differenzen verstehen – Spaltungen überwinden“. Der Bezug auf die Zimmerwalder Konferenz (September 1915) lag nicht nur wegen des Jubiläums nahe, sondern auch inhaltlich, bildeten doch dort nach dem Burgfrieden der SPD mit dem Militarismus zunächst nur 28 aufrechte Sozialistinnen und Sozialisten die erste Opposition gegen den imperialistischen Krieg, die bald ganz Europa erfassen und umwälzen sollte.

Mit dieser, auch ihrer, Geschichte setzten sich die gut 120 Konferenzteilnehmer zunächst in zwei thematischen Plenums-Blöcken auseinander. Im ersten stellte Prof. Kurt Pätzold (Berlin), ausgehend von den aus seiner Sicht drei großen Siegen des Imperialismus im vergangenen Jahrhundert: 1918, 1945 und 1990/91, Bezüge von Zimmerwald zum Friedenskampf heute her. Im zweiten reflektierte Dr. Erhard Crome (Berlin) den Imperialismus heute und